

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E6_17/1

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

2

3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4

5 **E6_17/1 Freiheit der Wissenschaft wahren -** 6 **ungarisches Hochschulgesetz verhindern!**

7 Am 4. April beschloss das ungarische Parlament mit den Stimmen der rechten regierungstragenden
8 Partei Fidesz von Viktor Orbán in einem Eilverfahren ein neues Hochschulgesetz. Am 10. April
9 unterzeichnete der ungarische Staatspräsident János Áder das Gesetz, so dass es Wirksamkeit
10 erlangte.

11 Das Gesetz sieht vor, dass ausländische Universitäten in Ungarn künftig nur noch dann einen
12 Lehrbetrieb unterhalten und Diplome vergeben können, wenn darüber mit der Regierung des
13 Herkunftslandes ein internationaler Vertrag abgeschlossen wird und die betreffende Einrichtung
14 auch in ihrem Heimatland einen Lehrbetrieb unterhält. Letzteres trifft für die CEU nicht zu - als
15 einzige der 28 ausländischen Universitäten in Ungarn.

16 Zudem soll der Entwurf ausdrücklich die US-Regierung verpflichten, mit Ungarn einen Vertrag
17 abzuschließen. Dabei ist sie den US-Gesetzen zufolge gar nicht für Bildungsfragen zuständig,
18 sondern derjenige US-Bundesstaat, in dem die Universität angesiedelt ist. In diesem Fall der
19 Bundesstaat New York.

20 Dabei wirkt es so, als sollte mit dem Gesetz insbesondere die Forschung und Lehre an der, Central
21 European University (CEU) mit Sitz in Budapest unmöglich gemacht werden. Gegründet wurde die
22 CEU 1991 von einer Gruppe aus den USA und Zentraleuropa stammender Intellektueller um den
23 Investor George Soros, der immer wieder Ziel antisemitischer Angriffe und Diffamierungen, auch
24 durch die derzeitige ungarische Regierung, ist. Dieser US-Amerikaner ungarischer Herkunft ist auch
25 ein beständiger Kritiker von Viktor Orbán. Die Vermutung liegt demnach nahe, dass es der
26 ungarischen Regierung bei diesem Gesetz allein darum geht, die ausländische Universität aus dem
27 Land zu vertreiben, da auch diese sich dem Streben nach einer offenen und liberalen Gesellschaft
28 verschrieben hat.

29 Das Gesetz betrifft insgesamt 28 ausländische Hochschulen mit Sitz in Ungarn. Es schränkt die
30 Befugnis von Universitäten mit Hauptsitz außerhalb der Europäischen Union ein, ungarische
31 Abschlüsse zu verleihen. Außerdem müssen ausländische Hochschulen neben einem Standort in
32 Ungarn auch eine Niederlassung in ihrem Heimatland haben. Die CEU jedoch ist zwar in den USA
33 registriert und akkreditiert, hat jedoch nur den einen Sitz in Budapest. Daneben ermächtigt es die
34 Regierung dazu, Angestellten und Lehrenden aus dem EU-Ausland ihre Arbeitserlaubnis zu entziehen
35 oder Neueinstellungen zu verhindern. Was als Akt der Fairness gegenüber den ungarischen
36 Universität verkauft wird, ist faktisch ein Angriff auf eine der letzten liberalen Bildungsinstitution in
37 Ungarn, auf eine Universität, deren offizielle Sprache Englisch ist, eine Hochschule, die Orbán
38 schlicht zu weltoffen ist.

39 Die EU-Kommission hat am 26. April ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, das sowohl
40 Binnenmarkt-Regeln als auch die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit, die akademische
41 Freiheit sowie das Recht auf Bildung verletzt werden. Außerdem beeinträchtigt das Gesetz die in

42 der europäischen Grundrechte-Charta verankerte unternehmerische Freiheit und verstoße gegen
43 internationale Handelsabkommen.

44 In Ungarn haben in den vergangenen Wochen 70.000 Menschen gegen das Gesetz demonstriert.
45 Studierende und Lehrkräfte der CEU aber auch etliche andere Demonstrant*innen forderten die
46 „Wahrung der akademischen Freiheiten in Ungarn“. 900 Akademiker*innen weltweit
47 unterzeichneten Protestbriefe gegen das Gesetz. Das US-Außenministerium, aber auch
48 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, protestierten gegen den Versuch, die wissenschaftliche
49 Tätigkeit in Ungarn einzuschränken. Die EU-Kommission kündigte eine Überprüfung des Gesetzes an.

50 Auch wir stellen uns an die Seite der betroffenen Hochschulen in Ungarn. Uns geht es dabei nicht in
51 erster Linie um die Verteidigung einer elitären Universität, sondern um die Freiheit von Forschung
52 und Lehre, die in erster Linie mit diesem Gesetz angegriffen wird. Wir wissen, dass ein freies
53 Bildungssystem eine Grundvoraussetzung für einen demokratischen Rechtsstaat ist. Wir streben
54 Hochschulen an, die ein Bewusstsein für ihre Verantwortung im staatlichen Gefüge haben und dieser
55 Verantwortung auch durch die Beteiligung am öffentlichen Diskurs nachkommen. Dieser Aufgabe
56 können aber nur Hochschulen nachkommen, die in Forschung und Lehre freier agieren. Viktor Orbán
57 hingegen strebt nach eigenen Aussagen die Errichtung eines „illiberalen Staates“ an. Dies steht
58 nicht nur den Grundsätzen der Europäischen Union, sondern auch unserer Vorstellung einer
59 Gesellschaft der Freien und Gleichen diametral entgegen. Wir schließen uns deshalb der Forderung
60 der Demonstrant*innen in Ungarn an und rufen gemeinsam mit ihnen: „Freies Land! Freie
61 Universitäten!“.

62 Wir fordern daher, das „Lex CEU“ aufzuheben und die Freiheit der Wissenschaft in Ungarn zu
63 wahren. Nur eine Forschungslandschaft, die divers, frei und kritisch ist, ist eine gute
64 Forschungslandschaft.